

ANGELIKA NIEBLER:

EP-Industrierausschuss billigt Galileo-Verordnung Breite Beteiligung für deutsche Industrie gesichert

Das europäische Satellitennavigationssystem Galileo bringt gute Chancen für eine breite Beteiligung der deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie. Der Industrierausschuss des Europaparlaments billigte eine Vereinbarung mit dem Rat über die Modalitäten der Ausschreibung zentraler Programme. „Es ist geschafft. Europa macht jetzt Nägel mit Köpfen bei der Satellitennavigation. Für die deutsche Industrie ergeben sich breite Einsatzmöglichkeiten. Als Parlament haben wir eine umfangreiche Kontrollfunktion beim operativen Betrieb von Galileo“, sagte die Vorsitzende des Industrierausschusses des Europäischen Parlaments, Angelika Niebler (CSU).

EP kontrolliert Projektmanagement

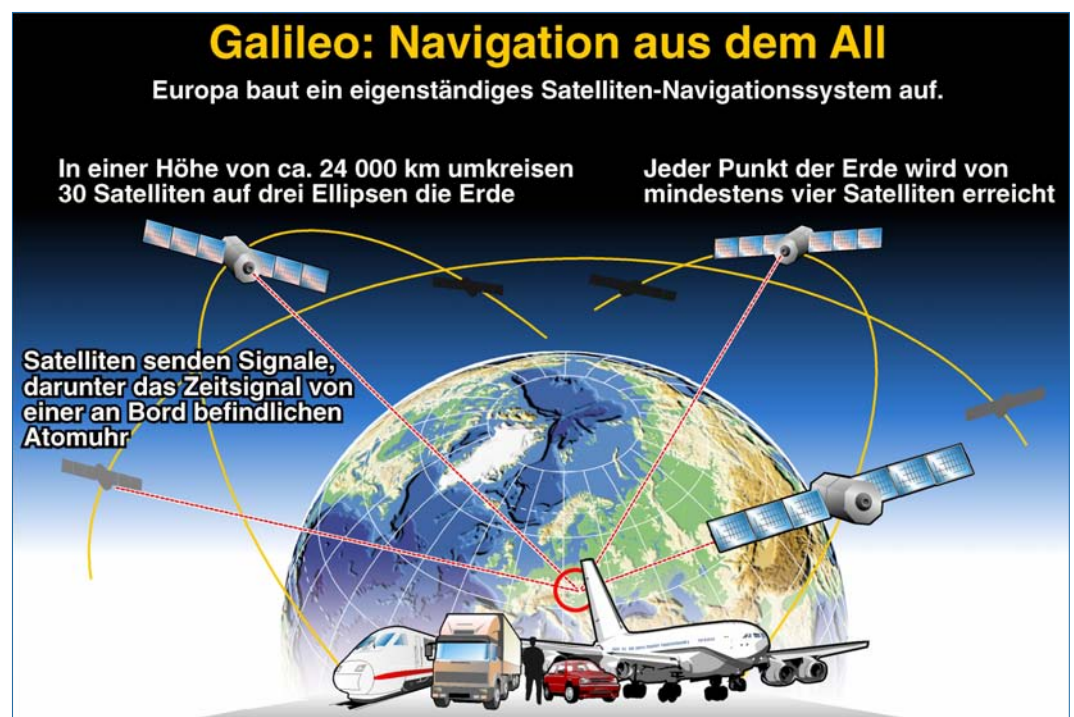
Durch das neu geschaffene „Galileo Interinstitutional Panel“, kurz GIP, das aus Vertretern der drei EU-Institutionen besteht, wird das Parlament ein genaues Auge auf das Projektmanagement, wie Beschaffungsvorgänge oder Vereinbarungen mit Drittstaaten, werfen.“ Wir werden darauf achten, dass Steuergelder sinnvoll und ordnungsgemäß verwendet werden“, sagte Niebler.

Maßgebliche Beteiligung deutscher Standorte

Die CSU-Europaabgeordnete sieht Deutschland in der besten Ausgangsposition für den Zuschlag bei den Bodeneinrichtungen und den Kontrollzentren. Auch beim Bau der Satelliten wird es eine maßgebliche Beteiligung deutscher Standorte geben. „Hier sind wir ebenfalls gut aufgestellt“, so Niebler.

Die Vergabe der Infrastruktur wird in insgesamt sechs Pakete aufgeteilt. Diese umfassen die Systemplanung, den Aufbau der Bodeneinrichtungen und des Kontrollsystems, den Bau der Satelliten, deren Start sowie den Betrieb. Um eine breite Beteiligung der Industrie zu ermöglichen, sollen mindestens 40 Prozent eines Auftragspaketes an Subunternehmer aufgeteilt werden. „Für uns als Parlament waren zwei

Dinge wichtig: Die Finanzierung aus einem Guss und maximale demokratische Kontrolle. Das ist nun über den EU-Haushalt gewährleistet. Und über die Aufteilung in Pakete haben wir eine breite Beteiligung der europäischen Industrie sicher gestellt“, sagte die Vorsitzende des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie. Ende April wird das Plenum des Parlaments endgültig grünes Licht geben.



KARL-HEINZ FLORENZ:

120 Gramm/Kilometer auch mit weniger Biokraftstoffen erreichen

Optimierungsmöglichkeiten bei Reifen, Getrieben und Schmierstoffen nutzen

Die ehrgeizigen EU-Ziele zum Kohlendioxid Ausstoß von Pkw müssen auch ohne zusätzlichen Einsatz von Biokraftstoffen erreicht werden. Das forderte der CDU-Umweltpolitiker und Europaabgeordnete Karl-Heinz Florenz. „Wir müssen auch nach dem Aus für weitere Biospritbeimischung sicherstellen, dass Deutschland seine Vorreiterrolle beim Klimaschutz nicht verliert. Die 120 Gramm pro Kilometer müssen auch mit einem niedrigeren Anteil an Biosprit erreicht werden.“

Nachdem sich der Gesetzesvorschlag zur Reduktion von CO₂-Emissionen von Pkw auf 120 Gramm derzeit im parla-



Karl-Heinz Florenz MdEP

mentarischen Verfahren befindet, wird Mitte des Jahres ein zusätzlicher Vorschlag für eine europäische Regelung des Bei-

trags der so genannten „komplementären Maßnahmen“ erwartet. Bereits im letzten Jahr hatte sich das Europaparlament in einem Initiativbericht dafür ausgesprochen, die Verringerung der CO₂-Emissionen von Pkw im Rahmen eines integrierten Ansatzes zu leisten. „Wir müssen alle Möglichkeiten ausschöpfen – nicht nur im Bereich der Motortechnik. Es gibt vielfältige weitere Reduktionspotenziale, etwa bei Reifen, Schmierstoffen und neuen Getrieben. Auch in Bezug auf den Fahrstil ergeben sich viele Möglichkeiten“, sagte der Berichterstatter des Europäischen Parlaments zum Klimaschutz. Biokraftstoffe wer-

den in diesem „integrierten Ansatz“ mit fünf Gramm pauschal berücksichtigt. Florenz legt nach der deutschen Entscheidung nun endgültig das Hauptaugenmerk auf Forschung und Entwicklung. „Uns erwartet hier Revolution. Die Zulieferindustrie ist nun verstärkt gefordert. Am Ende müssen mindestens die vereinbarten 120 Gramm stehen, egal wie hoch die Biokraftstoffanrechnung ist.“ Es gilt, andere Möglichkeiten zu finden, die vereinbarten Ziele zu erreichen. „Die Möglichkeit von Biosprit darf allerdings nicht aus dem Auge verloren werden. Eine Dämonisierung einzelner Sektoren bringt uns nicht weiter.“

DORIS PACK:

Unterzeichnung des Stabilitätsabkommens wäre wichtiges politisches Signal für Serbien

Die angespannte politische Lage in Serbien nach dem Auseinanderbrechen der bisherigen Regierungskoalition in Belgrad erfordert neue Anstrengungen der Europäischen Union zum Abschluss eines Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen mit Serbien. Dies hat die Vorsitzende der Südosteuropa-Delegation des Europäischen Parlaments, Doris Pack (CDU), nach einem Zusammentreffen mit hochrangigen serbischen Politikern wie Parlamentspräsident Oliver Dulic und dem Vorsitzenden des Europaausschusses, Milos Jevtic, in Brüssel erklärt.

Es bestand weitgehende Übereinstimmung, dass die Unterzeichnung des SAA jetzt notwendiger denn je wäre, um den



Doris Pack MdEP

Bürgern Serbiens eine bessere, europäische Perspektive zu geben. Angesichts der wegen der Regierungskrise bevorstehenden Parlamentswahlen in Serbien könne dadurch zudem ein positiver Beitrag geleistet

werden, damit sich die serbischen Wählerinnen und Wähler der Tragweite ihrer Wahlentscheidung noch stärker bewusst werden können. „Wir müssen deshalb alle Anstrengungen unternehmen, damit die Niederlande das derzeit auf Eis liegende SAA doch noch unterzeichnen, obwohl dies einen Verzicht auf die Vorbedingung bedeuten würde, General Mladic auszuliefern. An der Tatsache, dass Serbien vor der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU voll mit dem Haager Tribunal kooperieren muss, würde das aber nichts ändern“, erklärte Doris Pack. Mit dem Abschluss des SAA würde jedoch ein wichtiges politisches Zeichen gesetzt, wobei das Hauptziel der Arbeit des

nächsten serbischen Parlaments die Anhebung des Lebensstandards in Serbien bleiben müsse. Die Vorsitzende betonte ferner, dass die Kosovofrage nicht im direkten Zusammenhang mit den notwendigen Fortschritten bei der Zusammenarbeit Serbiens mit der Europäischen Union gesehen werden sollte: „Es besteht weitgehender Konsens im Europäischen Parlament, dass die EU nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo dort für das friedliche Zusammenleben sorgen und dem neuen Staat beim Aufbau demokratischer Strukturen helfen muss. Das liegt nicht zuletzt auch im Interesse Serbiens und der im Kosovo lebenden Serben“, so Doris Pack abschließend.

HARTMUT NASSAUER:

Europäisches Umweltstrafrecht nimmt Gestalt an

Das Umweltstrafrecht in der EU nimmt Gestalt an. Der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments hat eine Vorlage der Kommission gestrafft. „Wir haben den Richtlinienentwurf entscheidend verbessert. Rechtssicherheit und das strafrechtliche Bestimmtheitsgebot standen im Mittelpunkt meiner Arbeit zu diesem ersten europäischen Strafgesetz“, sagte der Berichterstatter Hartmut Nassauer (CDU).

Der Ausschuss billigte Nassauers Vorschläge und änderte den Kom-



Hartmut Nassauer MdEP

missionsentwurf in drei Punkten ab: Erstens soll nicht generell der Verstoß gegen eine Umweltbestimmung eine strafbare Handlung sein. Vielmehr soll in einem Annex zur Richtlinie im Einzelnen festgehalten werden, welche umweltrechtlichen europäischen Gesetze geeignet sind, strafrechtliche Folgen auszulösen.

Den vollständigen Text finden Sie unter:
<http://www.cducusu.eu/content/view/4894/32/>

WEITER →

HORST SCHNELLHARDT:

EP-Umweltausschuss für verbindliche Abfallreduzierung

Abfallvermeidung und Wiederverwertungen sollen künftig EU-weit oberste Priorität haben. Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat in zweiter Lesung seine Position zur Abfallrahmenrichtlinie angenommen. Darin ist eine fünfstufige Hierarchie vorgesehen. „Die Mitgliedstaaten sollen die Abfälle zukünftig in folgender Reihenfolge behandeln: Vermeidung, Wiederverwendung, Recycling, andere Verwertungsverfahren sowie Beseitigung“, sagte der CDU-Europaabgeordnete Horst Schnellhardt. In



Horst Schnellhardt MdEP

diesem Bereich konnten jedoch besondere Regelungen für Kleine und Mittlere Unternehmen erreicht werden, etwa bei den Anwenderhinweisen.

„Unterstützung wird auch nötig sein, um die angenommenen Reduktionsziele zu erreichen. Bis 2012 soll das gesamte Abfallaufkommen im Vergleich zum Jahre 2009 stabilisiert werden.“

Den vollständigen Text finden Sie unter:
<http://www.cducusu.eu/content/view/4893/32/>

WEITER →

■ NATO-Raketenabwehr

Der Vorsitzende des Unterausschusses für Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments, **Karl von Wogau** hat die Absicht der NATO begrüßt, das amerikanische Raketenabwehrsystem in ein zu entwickelndes NATO-System einzubeziehen, das dann das gesamte Territorium der EU schützen könne. „Wir im Europäischen Parlament haben wiederholt darauf hingewiesen, dass wir es aus europäischer Sicht nicht zulassen dürfen, dass unser Kontinent in unterschiedliche Zonen mit einem unterschiedlichen Niveau an Sicherheit auseinander fällt. Der NATO-Gipfel in Bukarest hat sich dieser Sichtweise angeschlossen und festgestellt, dass die Bündnissolidarität und die Unteilbarkeit der gemeinsamen Sicherheit die Entwicklung eines Raketenabwehrsystems erfordert, das alle Länder des Bündnisses schützen kann“, erklärte der CDU-Europaabgeordnete.

Beim Aufbau des gemeinsamen Raketenabwehrsystems der NATO müsse nun darauf geachtet werden, dass die spezifischen europäischen Sicherheitsinteressen bei der Entwicklung der Infrastruktur und bei der Ausgestaltung der Kommandostruktur des Systems berücksichtigt würden, so von Wogau.

■ Agrarausschuss beschließt neue EU-Tiergesundheitsstrategie

Der Agrarausschuss des Europäischen Parlaments hat sich in seiner Abstimmung über eine neue Tiergesundheitsstrategie für die Europäische Union (2007–2013) für weit reichende Fortschritte in der Tiergesundheit ausgesprochen. So forderte der Agrarausschuss, dem Impfschutz ausreichend Raum bei der europäischen Tiergesundheitsstrategie beizumessen: „Tierseuchen sind immer mit gravierenden Folgen für Tierhalter, die nachgelagerte Wirtschaft, die Verbraucher und die betroffenen Regionen verbunden. Vorbeugendes Impfen ist darum nach meiner festen Überzeugung der beste Tierschutz. Dies hat der Ausschuss bestätigt, indem er sich für die Entwicklung von Impfstrategien für alle in Frage kommenden Tierarten und Krankheiten ausgesprochen hat“, so die baden-württembergische Europaabgeordnete **Elisabeth Jeggle**.

Weitere aktuelle Informationen finden Sie unter: <http://www.evp-ed.eu>

WEITER →

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Werner Langen MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-757 75, E-Mail: stephan.mock@cducusu.de.